

Jung. Zusammen. Baden-Württemberg

Grundsatzprogramm 2026-2029, beschlossen auf der
Frühjahrs-Vollversammlung 2026

Vorwort

Bei der Frühjahrs-Vollversammlung 2025 hat der Vorstand des Landesjugendrings Baden-Württemberg seine jugendpolitischen Forderungen zur Landtagswahl 2026 mit den Mitgliedsorganisationen diskutiert und beschlossen. In der Kampagne „Vision Junges BW – Gemeinsam für ein jugendgerechtes Baden-Württemberg“ wurden die Forderungen in die politische Debatte des Wahlkampfes und die Koalitionsverhandlungen zur Landtagswahl 2026 eingebracht.

Zur Frühjahrs-Vollversammlung 2026 hat der Vorstand des Landesjugendrings Baden-Württemberg auf Grundlage seiner Vision eines jugendgerechten Landes einen Leitantrag vorgelegt. Er gibt den inhaltlichen Rahmen und die Richtung unserer Arbeit in der kommenden Vorstandsperiode des Landesjugendrings Baden-Württemberg 2026-2029 vor. Auf seiner Basis setzt der Landesjugendring seine satzungsgemäßen Aufgaben um.

Das damit beschlossene Grundsatzprogramm ist Kompass und Richtschnur des Landesjugendrings bei der Interessensvertretung von Kindern, Jugendlichen und der verbandlichen Kinder- und Jugendarbeit. Mit ihm haben die Delegierten der Mitgliedsorganisationen bei der Vollversammlung die Grundzüge seines Arbeitsprogramms als Fachorganisation beschlossen. Und schließlich ergeben sich aus dem Grundsatzprogramm die Serviceleistungen des Landesjugendrings Baden-Württembergs für seine Mitgliedsorganisationen.

Einleitung

Der Landesjugendring Baden-Württemberg ist die gemeinsame Stimme der Jugendverbände sowie der Stadt- und Kreisjugendringe im Land und bündelt damit die vielfältigen Erfahrungen junger Menschen in selbstorganisierter Kinder- und

Jugendarbeit. Nach den Prinzipien aller Jugendverbände und -ringe ist Kinder- und Jugendarbeit freiwillig, selbstorganisiert und selbstbestimmt innerhalb demokratischer Strukturen. Die gegenseitige Achtung unter unseren Mitgliedsorganisationen ist unabhängig von politischen, ethnischen, religiösen oder weltanschaulichen Unterschieden.

Die in der Präambel seiner Satzung formulierten Werte – Gleichberechtigung aller Geschlechter, die aktive Ablehnung jeder Form von Diskriminierung und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen sowie die Achtung der universellen Menschenrechte und das Eintreten für globale Gerechtigkeit – bilden das Wertefundament seiner jugendpolitischen Positionen und Forderungen. Aus dieser wertorientierten Grundlage erwächst sein Verständnis von Jugendpolitik als umfassende Mitwirkung junger Menschen und ihrer Jugendorganisationen in allen gesellschaftlichen Bereichen. Und deshalb betreibt der Landesjugendring eine konsequente Interessenvertretung gegenüber Regierung, Gesetzgebung, Verwaltung und Öffentlichkeit aus der Perspektive aller jungen Menschen in Baden-Württemberg.

Wenn der Landesjugendring sich für kinder- und jugendgerechte Lebensbedingungen, reale Beteiligungsmöglichkeiten, Lern- und Experimentierfelder, eine starke Zivilgesellschaft und eine weltoffene, inklusive Jugendarbeit einsetzt, übersetzt er diese Werte in konkrete politische Erwartungen an die Landespolitik und kommunale Entscheidungsträger*innen. Die jugendpolitischen Aktivitäten des Landesjugendrings Baden-Württemberg sind folglich mehr als eine Auflistung einzelner Maßnahmen: Sie sind Ausdruck eines klaren Wertekompasses, der demokratische Selbstorganisation junger Menschen stärkt, ihre Rechte sichtbar macht und Baden-Württemberg als jugendgerechtes, chancengerechtes und vielfältiges Gemeinwesen weiterentwickeln will.

Jugendgerechtes Baden-Württemberg

Unsere Vision ist ein jugendgerechtes Baden-Württemberg. Jugendgerecht ist ein Land dann, wenn politische Entscheidungen systematisch die Lebenslagen und Rechte junger Menschen berücksichtigen, sie schützt und ihre Perspektiven verbindlich einbezogen werden.

Wir wollen, dass die Lebenslagen junger Menschen aus jeder Perspektive der Landespolitik mit betrachtet und beachtet werden. Alle Ministerien müssen sich daran messen lassen, ob sie Beiträge zu mehr Jugendgerechtigkeit leisten. Junge Menschen

haben ein Recht darauf, dass Politik ihnen gegenüber Rechenschaft ablegt, wie ihre Chancen gesichert und verbessert werden.

Jugendgerechtigkeit bedeutet materielle Absicherung

Materielle Armut schränkt Teilhabe massiv ein. Wer in Armut aufwächst, hat schlechtere Chancen in Bildung, Gesundheit und politischer Mitgestaltung. Wir sehen es daher als zentrale Aufgabe der Landespolitik, Kinder- und Jugendarmut entschieden zu bekämpfen. Wir treten deshalb für armutsverhindernde soziale Sicherungssysteme für junge Menschen und ihre Familien ein.

Wir wollen für alle jungen Menschen einen verlässlichen Zugang zu gesellschaftlicher Teilhabe. Angebote der Kinder- und Jugendarbeit in Bewegung, Kultur und Freizeit dürfen nicht zu Luxusgütern werden, sondern müssen allen offenstehen. Wir wollen, dass Gebühren, Beiträge und versteckte Kosten systematisch ausgeglichen werden, damit kein junger Mensch aus finanziellen Gründen ausgeschlossen wird.

Jugendgerechte Lebenslagen: Wohnen, Mobilität, Gesundheit, Digitalität

Jugendgerechtigkeit entscheidet sich in den alltäglichen Lebenslagen junger Menschen. Ein jugendgerechtes Baden-Württemberg braucht bezahlbaren Wohnraum, sicheren und verlässlichen öffentlichen Verkehr, sowie wohnortnahe Infrastruktur. Junge Menschen müssen sich unabhängig von Einkommen und Wohnort bewegen, Freundschaften pflegen und Bildungs- wie Freizeitangebote nutzen können.

Wir fordern eine jugendgerechte Wohnungspolitik, die Studierende, Auszubildende und andere junge Menschen im Blick hat, sowie eine Mobilitätspolitik, die flächendeckend, klimafreundlich und bezahlbar ist.

Mentale Gesundheit muss stärker in den Fokus rücken: Prävention, Zugänge zu Beratung, Therapie und niedrigschwelliger Unterstützung sind in vielen Regionen unzureichend. Wir wollen gemeinsam mit unseren Mitgliedsorganisationen gute Wege finden, um junge Menschen zu stärken und wirksam gegen Einsamkeit zu unterstützen.

Digitale Teilhabe statt Ausgrenzung junger Menschen verstehen wir als Grundvoraussetzung in Zeiten digitaler Revolution – dafür braucht es gute Infrastruktur, Endgeräte, Medienbildung und den Schutz aller Bürger*innen. Insbesondere junge Menschen müssen vor Diskriminierung und Hass im Netz geschützt sein.

Baden-Württemberg – ein Land jugendgerechter Perspektiven

Baden-Württemberg schwebt nicht im Orbit und ist auch keine isolierte Insel. Jugendgerechtigkeit ist weltweit, in Europa und auch in Deutschland eine zentrale Aufgabe. Diese müssen Bund, Länder und Kommunen gemeinsam angehen. Wir verstehen dabei Baden-Württemberg als unseren Gestaltungsraum, in dem wir, als Landesjugendring Baden-Württemberg, Jugendpolitik mit entwickeln.

Landespolitische Initiativen zu Bildungsgerechtigkeit, Armutsbekämpfung, Demokratieförderung und Jugendbeteiligung müssen sich an den Bedürfnissen junger Menschen orientieren und im Dialog mit ihnen entwickelt werden. Als Landesjugendring Baden-Württemberg bringen wir die Perspektiven junger Menschen in diese Debatten ein und machen deutlich, dass Jugendverbände unverzichtbare Akteure einer demokratischen Zivilgesellschaft sind. Auf kommunaler Ebene sind dabei in erster Linie die Stadt- und Kreisjugendringe unser Pendant mit denen wir im engen Austausch stehen und auf Bundesebene sind wir Teil des Deutschen Bundesjugendrings,

Unser Engagement für Chancengerechtigkeit steht dabei im Kontext der internationalen Kinder- und Menschenrechte. Die UN-Kinderrechtskonvention verpflichtet Staat und Gesellschaft, allen Kindern und Jugendlichen gleiche Rechte auf Bildung, Schutz, Förderung und Beteiligung zu sichern. Wir verstehen diese Rechte als handlungsleitenden Rahmen für Landespolitik und Jugendpolitik in Baden-Württemberg.

Gleichzeitig begreifen wir Jugendgerechtigkeit als globale Aufgabe. Die dreifache planetare Krise (Klimakrise, Biodiversitätsverlust, Umweltverschmutzung), Migration und Flucht, Krieg und weltweite soziale Ungleichheiten betreffen junge Menschen in besonderer Weise. Ein jugendgerechtes Baden-Württemberg muss daher auch Verantwortung in Europa und weltweit übernehmen: durch faire Bildungs- und Migrationspolitik, durch globale Lernangebote in der Kinder- und Jugendarbeit und durch starke Partnerschaften mit Jugendorganisationen in anderen Ländern. Junge Menschen in Baden-Württemberg haben ein Recht darauf, als Teil einer globalen Jugend gesehen und gehört zu werden.

Anwalt für Jugendgerechtigkeit

Als Landesjugendring Baden-Württemberg verstehen wir Jugendgerechtigkeit als Querschnittsaufgabe unserer Arbeit. Wir vertreten und schützen die Interessen junger Menschen gegenüber Politik und Öffentlichkeit, stärken Jugendverbände und Jugendringe als Räume gelebter Demokratie und setzen uns dafür ein, dass Strukturen in diesem Land jugendgerechter werden.

Wir werden Missstände und Benachteiligungen benennen, gemeinsam mit und als junge Menschen Lösungen entwickeln und die Landespolitik an ihren Versprechen messen. Jugendgerechtigkeit ist für uns kein einmaliges Ziel, sondern ein dauerhafter Auftrag. Unser Anspruch ist ein Baden-Württemberg, in dem alle jungen Menschen – unabhängig von Herkunft und Lebenslage – ihre Zukunft selbstbewusst, solidarisch, sicher und frei gestalten können.

Wir setzen uns für ein Land Baden-Württemberg ein, in dem Herkunft, sozialer Status, Geschlecht, Behinderung, sexuelle Orientierung, Religion, Aufenthaltsstatus oder Wohnort nicht über Zukunftschancen entscheiden. Jugendgerechtigkeit bedeutet für uns, dass alle jungen Menschen reale, nicht nur formale Möglichkeiten haben, ihr Leben selbstbestimmt und geschützt zu gestalten, ihre Talente zu entfalten und Verantwortung in Gesellschaft und Demokratie zu übernehmen.

Wenn wir von Jugendgerechtigkeit sprechen, betonen wir unsere Perspektive auf das Verhältnis der Generationen in unserer Gesellschaft. Unser Fokus ist naturgemäß auf das Jugendalter gerichtet und bezieht sich auf eine umfassende Generationengerechtigkeit.

Jugendgerechtigkeit und Chancengerechtigkeit sind dabei zwei Seiten einer Medaille. Beide sind zentrale Strukturprinzipien einer Gesellschaft und viel mehr als Gleichbehandlung von Personen. Sie erfordern gezielte Unterstützung für diejenigen, die von struktureller Benachteiligung betroffen sind. Wer mit Hürden konfrontiert ist, braucht stärkere Unterstützung, damit aus abstrakten Rechten konkrete Möglichkeiten werden. Jugend- und Chancengerechtigkeit sind für uns daher gemeinsam Maßstab für die Qualität von Demokratie und sozialem Zusammenhalt in Baden-Württemberg.

In den kommenden Jahren wollen wir uns als Landesjugendring Baden-Württemberg auf vier Themenbereiche fokussieren, in deren Rahmen wir unsere Aufgaben als Interessensvertretung, Fachorganisation und mit unseren Serviceleistungen zur Verwirklichung von Jugend- und Chancengerechtigkeit in Baden- Württemberg beitragen wollen.

1. Sicherung und Stärkung der Strukturen verbandlicher Jugendarbeit

Die Kinder- und Jugendarbeit und ihre finanzielle Förderung ist bundesweit im Sozialgesetzbuch VIII geregelt. In Baden-Württemberg wurde 2025 das Kinder- und Jugendhilfegesetz für Baden-Württemberg (LKJHG) novelliert. Hier werden die landesrechtlichen Grundlagen der Kinder- und Jugendarbeit in den §§ 22 und 23

beschrieben. Dabei haben die als freie Träger der Jugendhilfe anerkannten Jugendverbände und -ringe grundsätzlich einen Rechtsanspruch auf Förderung durch öffentliche Träger der Jugendhilfe, d.h. in der Regel auf kommunaler Ebene.

Seit 2007 wird die Kinder- und Jugendarbeit durch den sogenannten Bündnisschutz von Kürzungen in der Landesförderung ausgenommen. Der Name geht auf damalige Vereinbarung zwischen der Landesregierung und den Landesorganisationen der Kinder- und Jugendarbeit zurück. Seither wurde aber auch die strukturelle Finanzierung des Landes für die der Jugendverbände nicht substantiell erhöht.

Die Infrastruktur der Jugendverbände muss durch die Erhöhung der finanziellen Landesförderung gesichert werden. Dazu gehören ihr hauptamtliches Personal ebenso wie ihre zentralen Verwaltungseinrichtungen mit der dafür notwendigen Ausstattung.

Zur Infrastruktur der Jugendverbände und -ringe gehören auch Jugendbildungsstätten und gemeinnützige Übernachtung- und Freizeitstätten. Sie sind eine wichtige Infrastruktur für Bildung, Freizeit, Gemeinschaft und persönliche Entwicklung. Viele Einrichtungen sehen sich mit erheblichen Herausforderungen konfrontiert: wachsende Betriebskosten, ausstehende Modernisierungen, veränderte Anforderungen an Ausstattung und Standards, sowie fehlende finanzielle Stabilität. Deswegen müssen trotz steigendem Bedarf immer mehr Jugendbildungsstätten, gemeinnützige Übernachtungs- und Freizeitstätten schließen. Die verbandliche Kinder- und Jugendarbeit war, ist und wird weiterhin vor allem ehrenamtlichem Engagement getragen. Auch dieser strukturelle Kern ist von dieser prekären Infrastruktur betroffen.

Angesichts der Notwendigkeiten und Bedarfe der Kinder- und Jugendarbeit als Teil der sozialen Daseinsvorsorge für junge Menschen muss ihre Finanzierung über öffentliche Haushalte gestärkt und dauerhaft gesichert werden. Seit Jahren stagnieren Zuschüsse an die Jugendverbände und -ringe. Aktuell sind darüber hinaus große Teile der Jugendhilfe von Kürzungen sowohl auf Landes- als auch auf kommunaler Ebene bedroht. Verschärft wird diese Situation durch den Ausbau der Verwaltungsverfahren, d. h. wachsenden bürokratischen Aufwand.

- Der Landesjugendring Baden-Württemberg muss im Austausch mit den Jugendverbänden und -ringen die Förderbedarfe beziffern, die vorhandenen Regelungen auf Landesebene prüfen und Vereinfachungsvorschläge entwickeln. Zentraler Ansatzpunkt wird dabei die Novellierung der Verwaltungsvorschrift zur Förderung der Kinder- und Jugendarbeit (VwV KJA und JSA) sein.

- Der Landesjugendring muss gegenüber der Landesregierung und ihrer Verwaltung aber auch gegenüber dem Landtag für einfache Förderverfahren und höhere Zuschüsse eintreten.
- Konzertiert müssen die kommunalen Jugendringe, die Jugendverbände und der Landesjugendring außerdem die öffentlichen Träger der Jugendhilfe für ihre gesetzlichen Aufgaben in die Pflicht nehmen.
- Fachlich unterstützend zur zeitgemäßen Weiterentwicklung von Ehrenamt muss die Förderung von „The Länd of young Ehrenamt“ verstetigt werden.

2. Bildung und Erziehung als Kernauftrag der Jugendverbände und -ringe

Bildungspolitik ist ein zentrales Feld, in dem sich Jugendgerechtigkeit entscheidet. Wir treten für ein Bildungssystem ein, das nicht selektiert, sondern stärkt, fördert und öffnet. Die Bildungschancen eines jungen Menschen dürfen nicht vom Geldbeutel der Eltern, vom Pass, von der besuchten Schulart, dem Zufall der Existenz eines außerschulischen Lernorts oder vom Wohnort abhängen.

Wir fordern ein durchlässiges und inklusives Bildungssystem von der frühkindlichen Bildung über Schule, non-formaler und beruflicher Bildung bis hin zu Hochschule und Weiterbildung. Individuelle Förderung, multiprofessionelle Teams, gute Lernbedingungen und eine verlässliche Grundfinanzierung außerschulischer Bildungsorte sowie von Schulen sind für uns unverzichtbar.

Bildung und Erziehung verstehen wir als gemeinsamen Auftrag von jungen Menschen, Familien, Zivilgesellschaft und Staat, in dem die Jugendverbände in Baden-Württemberg einen eigenständigen und unverzichtbaren Beitrag leisten. Aus Sicht des Landesjugendrings Baden-Württemberg ist Jugendverbandsarbeit emanzipatorische Erziehung und Bildung in ihrem besten Sinne: freiwillig, lebensweltorientiert, demokratisch organisiert und von jungen Menschen aktiv mit- oder sogar selbstgestaltet. Sie eröffnet Räume, in denen Kinder und Jugendliche sich ausprobieren, Verantwortung übernehmen, ihre Stimme erheben, demokratische Aushandlungsprozesse erlernen und solidarisches Handeln einüben – jenseits von Notendruck und Selektionslogiken.

Damit setzen Jugendverbände den Erziehungsauftrag der Landesverfassung Baden-Württembergs um, die die „in ihren Bünden gegliederte Jugend“ ausdrücklich als Träger von Erziehung und Mitverantwortung anerkennt, und füllen die Ziele des SGB VIII mit Leben, das die Förderung der Entwicklung junger Menschen zu eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten in den Mittelpunkt stellt. Im Diskurs um

zeitgemäße Bildung und Erziehung steht Jugendverbandsarbeit exemplarisch für non-formale, partizipative und werteorientierte Lernprozesse, die Subjektbildung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Teilhabe stärken.

Für den Landesjugendring Baden-Württemberg ist deshalb klar: Wer heute über ein zukunftsfähiges Bildungssystem spricht, muss die Jugendverbände als gleichwertige Bildungsakteure an der Seite von Schule und Familie anerkennen, verlässlich fördern und strukturell in kommunale und landesweite Bildungslandschaften einbinden.

Die Jugendverbände und -ring müssen die Rolle als Bildungsakteure in den kommenden Jahren von 2026-2029 aber auch selbst aktiv annehmen:

- Bildungspolitik ist im föderalen System Deutschlands ein zentrales Handlungsfeld der Landespolitik. Deshalb kann und muss der Landesjugendring auf Landesebene Weichenstellungen für die außerschulische Bildung mitgestalten.
- Mit Unterstützung der Akademie der Jugendarbeit muss der Landesjugendring im Austausch mit den Jugendverbänden und -ringen das gemeinsame non-formale Bildungsverständnis aber auch Erziehung diskutieren und ihre Stellung, Rolle und Haltung dazu reflektieren.

Nur auf Basis eines eigenen Bildungs- und Erziehungsverständnisses können wir eigene fachliche Positionen in die Bildungs- und Erziehungsdiskussion in Baden-Württemberg einbringen.

Ab August 2026 werden nach dem Ganztagsförderungsgesetz (GaFöG) zunächst alle Grundschulkindern der ersten Klassenstufe einen Anspruch erhalten, ganztägig gefördert zu werden. Der Anspruch wird in den Folgejahren um je eine Klassenstufe ausgeweitet. Damit hat ab August 2029 jedes Grundschulkind der Klassenstufen eins bis vier Anspruch auf ganztägige Betreuung. Der Rechtsanspruch sieht einen Betreuungsumfang von acht Stunden an fünf Werktagen vor. Der Rechtsanspruch soll – bis auf maximal vier Wochen – auch in den Ferien gelten.

Für die Jugendverbände und -ringe ist klar: Kinder und ihr gelingendes Aufwachsen müssen im Zentrum der Gestaltung des Ganztags stehen. Freiräume, Gemeinschaft, Pluralität und Selbstbestimmung – das sind zentrale Eckpfeiler eines Angebots, das Interessen der Kinder und ihre Mitbestimmung ins Zentrum rückt. Der hohe zeitliche Umfang der Ganztagsbetreuung macht ein qualitativ hochwertiges, vielfältiges und professionell getragenes Angebot v. a. auch der Jugendverbandsarbeit erforderlich. Nur so kann den vielseitigen Interessen und Bedarfen von Kindern Rechnung getragen werden.

Der Landesjugendring Baden-Württemberg muss gegenüber der Landesregierung und ihrer Verwaltung aber auch gegenüber den kommunalen Schulträgern Zugänge für Jugendverbände und -ringe einfordern und an der Ausgestaltung guter Rahmenbedingungen für den Ganzttag mitarbeiten. Für die Erarbeitung und Diskussion fachlicher Aspekte muss er Plattformen bieten und den Jugendverbänden und -ringen Informationen aufbereiten und zur Verfügung stellen.

3. Politische Bildung und wirksame Jugendbeteiligung für eine starke Demokratie

Jugendverbände und Jugendringe sind Werkstätten der Demokratie. In ihnen können junge Menschen unabhängig von Herkunft und Status Gemeinschaft erleben, Verantwortung übernehmen, sich ausprobieren und vielfältige Kompetenzen erwerben. Dabei sind Jugendverbände an Werten orientiert, die sich aus Artikel 1 des Grundgesetzes ableiten: Die Würde des Menschen ist unantastbar! Die Spaltung der Gesellschaft durch Ausgrenzung, Abwertung, Hass und Hetze hat bei uns keinen Platz.

Wir wollen unsere Jugendverbandsarbeit in Baden-Württemberg flächendeckend, niedrigschwellig und inklusiv ausgestalten. Unsere Angebote müssen für alle erreichbar sein – zeitlich, räumlich, finanziell und barrierefrei. Teilhabe darf nicht am Teilnahmebeitrag, an der barrierefreien Toilette oder an fehlenden Dolmetschenden scheitern.

Für den Landesjugendring Baden-Württemberg bedeutet Jugendpolitik die umfassende Mitwirkung junger Menschen und ihrer Jugendorganisationen in allen Bereichen der Gesellschaft Baden-Württembergs. Der Landesjugendring Baden-Württemberg tritt für die politischen Rechte aller junger Menschen ein und für demokratische Mitgestaltung des Gemeinwesens durch demokratische und selbstorganisierte Jugendverbände und -ringe.

Junge Menschen sind Expert*innen ihrer Lebensrealität. Sie müssen sich auf allen Ebenen – v. a. auch auf Landesebene – und ihrem Alter gemäß verbindlich und wirksam beteiligen wollen und können. Und das umso mehr, wenn Entscheidungen ihre Gegenwart und Zukunft betreffen.

- Der Landesjugendring Baden-Württemberg versteht seine Arbeit als Interessenvertretung seiner Mitglieder und aller Kinder und Jugendlichen in Baden-Württemberg. Im Rahmen der gesetzlichen Grundlagen bringt er die

Interessen junger Menschen als verbandlich organisierte gesellschaftliche Gruppe in die politische Diskussion ein und verschafft ihnen Gehör.

- Er tritt für Beteiligungsstrukturen ein, die junge Menschen in ihrer Vielfalt selbst akzeptieren und die sie ernst nehmen. Beteiligungsforen und dialogorientierte Formate müssen kommunal regional und landesweit gestärkt und mit klaren Rechten für ihre Wirksamkeit versehen werden.
- Als verantwortlicher Träger der Servicestelle Kinder- und Jugendbeteiligung will er deren Arbeit im Interesse junger Menschen ausbauen und den ergebnisoffenen Prozess zur Entwicklung wirksamer landesweiter Beteiligungsstrukturen erfolgreich zur Umsetzung bringen.

4. Umwelt- und Klimaschutz für ein zukunftsfähiges Baden-Württemberg

Nachhaltigkeit, Umwelt und Klima – diese Themen sind in der Lebenswelt junger Menschen weiterhin sehr präsent. Die Folgen der dreifachen planetaren Krise werden bereits die heutige Jugendgeneration im Lauf ihres Lebens massiv betreffen. Angesichts der aktuellen globalen, ökologischen und sozialen Herausforderungen haben viele Kinder und Jugendliche berechtigte Ängste und Sorgen um die Zukunft der Welt – und damit auch um ihre eigene. Diese Ängste und Sorgen treffen auf Frust und Ohnmacht angesichts heutiger Untätigkeit von Politik und Gesellschaft.

Diese Entwicklung hat sich in den letzten Jahren verfestigt. Der Wert der Nachhaltigkeit wird dabei von jungen Menschen als wichtig hervorgehoben. Zudem zeigt die Einstellung junger Menschen in Bezug auf Nachhaltigkeit und Umweltschutz, wie relevant die genannten Themen sind.

- Im Herbst 2024 haben wir [das Positionspapier „It’s our F***ing Future! - Positionen, politische Forderungen und unsere Selbstverpflichtung zur nachhaltigen Entwicklung“](#) veröffentlicht. An diesem Dreiklang wird der Landesjugendring Baden-Württemberg auch in den kommenden Jahren mit seinen Mitgliedsorganisationen arbeiten.
- In den Fokus zu Umwelt- und Klimaschutz werden wir in den kommenden Jahren weiterhin die Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) nehmen. Sie beschreibt ein kompetenz-, gestaltungs- und handlungsorientiertes Bildungskonzept das enge Bezüge zum non-formalen Bildungsverständnis der Jugendverbände und -ringe aufweist. Mit dem Orientierungsrahmen Globale Entwicklung vom Herbst

2025 gibt es hier auch eine fachliche und bildungspolitische Anknüpfung an den formalen Bildungsbereich.

Schlusswort

Mit Sicherung und Weiterentwicklung der Strukturen der verbandlichen Jugendarbeit, der Stärkung von Bildung und Erziehung als Kernaufgabe der Jugendverbände, der Förderung politischer Bildung und wirksamer Jugendbeteiligung sowie dem Engagement für Umwelt- und Klimaschutz trägt der Landesjugendring wesentlich dazu bei, die Lebensbedingungen junger Menschen in Baden-Württemberg zu verbessern. Damit leistet er einen kontinuierlichen Beitrag zur Gestaltung eines demokratischen, chancengerechten und zukunftsfähigen Baden-Württembergs auch aus Perspektive junger Menschen.

Unser Handeln basiert dabei auf den in der Satzung verankerten Werten von Gleichberechtigung, Achtung der Menschenrechte, ökologischer Verantwortung und dem Eintreten gegen jede Form von Diskriminierung. Auf dieser Grundlage setzen wir uns für eine eigenständige und starke Kinder- und Jugendarbeit ein, die demokratische Teilhabe, Bildungsgerechtigkeit, gesellschaftlichen Zusammenhalt und nachhaltiges Handeln fördert.

Der Landesjugendring Baden-Württemberg als freiwilliger Zusammenschluss von 32 Jugendverbänden und den in allen Teilen des Landes tätigen Stadt- und Kreisjugendringen ist die zentrale selbstorganisierte Interessenvertretung junger Menschen und ihrer Organisationen im Land.

Wernau, 19. April 2026